

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.  
**Monats-Abonnements** werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Przh. Sachl. Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

**Erscheint in Leipzig**  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:  
F. V. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Puchers,  
408 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haß,  
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

**Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.**

Zu Rate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

**Nr. 18.** Freitag, 13. Februar. 1874.

## Parteienossen!

Da Johann Jacoby das Mandat des 13. Wahlkreises abgelehnt hat — was wir übrigens nicht billigen —, so steht eine Neuwahl bevor. Wir müssen abermals mit aller Macht in den Wahlkampf eintreten; wir müssen alle Kräfte anspannen, damit an Stelle Jacoby's unser neuer Candidat

## Kaufmann Wilhelm Bracke

in Braunschweig

zum Siege und in den Reichstag gelangt.

Der Kampf wird ein sehr heiser werden und wir müssen abermals mit Ehren bestehen. Wir wollen und wir müssen siegen. Das können wir aber nur, wenn Ihr uns nach besten Kräften unterstützt. Und das ist Eure Pflicht. Wir würden nicht an Euch appellieren, wenn die bisherigen Wahlkämpfe nicht unsere Mittel erschöpft, unsere Kräfte geleert hätten.

Helft rasch, denn der Wahlkampf wird in kurzem entbrennen und sendet Eure Beiträge an die Expedition des „Volksstaat“, Zeigerstraße Nr. 44.

Das Comité für die Wahl Bracke's.

## Die Fallstricke des neuen Reichspressgesetzesentwurfs.

Der neue Reichspressgesetzesentwurf, wie er dem Reichstag vorgelegt werden soll, ist verschiedentlich Gegenstand der Kritik gewesen. Alle Blätter sind über den durch den ersten Entwurf beabsichtigt gewordenen § 20 hergestürzt, um zu sehen, was die neue Physiognomie desselben sei. Dabei ist aber in einer unvorsichtigen Weise der übrige Inhalt des Gesetzes übersehen worden und zwar von Blättern, von denen wir annehmen dürfen, daß sie ihnen aufrichtig um Wahrung der Pressefreiheit zu thun ist.

Wir haben bei näherer Durchsicht des Pressgesetzesentwurfs einige Bestimmungen entdeckt, die in Nichts hinter dem § 20 in seiner alten Gestalt zurückstehen, ja die in der Art, wie sie in den Gesetzesentwurf eingeschmuggelt sind, nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen, daß man den § 20 im neuen Entwurf mit seiner wesentlich gegen die Ultramontanen gerichteten Spitze nur gefälscht hat, um dafür in andern Paragraphen um so ungeringer der Sozialdemokratie und schließlich allerdings jeder oppositionellen Partei auf den Leib rücken zu können. Als ein Meisterstück dieser Beziehung ist zunächst der § 3 anzuführen, der in seinem wesentlichsten Inhalte also lautet: Für den Betrieb der Pressewerke sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung maßgebend. Von andern als den hierdurch berechtigten Personen dürfen Druckmaschinen, auch dann wenn ein Gewerbebetrieb nicht beabsichtigt ist, ohne besondere polizeiliche Erlaubnis weder auf Straßen, öffentlichen Plätzen und andern öffentlichen Orten verkauft, vertheilt oder ausgestellt, noch im Umlauf verbreitet werden. Vorstehende Bestimmung findet auf Stimmzettel für öffentliche Wahlen, sofern sie nichts als Zweck, Zeit und Ort der Wahl und Namen der zu wählenden Person enthalten, keine Anwendung.

Wird der Paragraph in dieser Fassung angenommen, dann ist von vornherein das allgemeine Stimmrecht für alle Oppositionsparteien franguliert. Man hat demselben den Hals umgedreht, ohne es selbst auch nur anzurühren, und zwar auf folgende Weise. Indem die Verbreitung von Druckschriften und nicht wie bisher bloß der Verkauf von solchen von der jebermaligen polizeilichen Genehmigung abhängt, sind damit alle Flugblätter, Aufrufe und Plakate — wie wir später in Bezug auf letztere in § 4 und § 14 beweisen werden — von den der Polizei nicht genehmigten Parteien, unterdrückt. Das unentgeltliche Verbreiten und Ausstreuen solcher Druckschriften, an denen bisher in keinem Staate Deutschlands der geringste Anstoß genommen wurde, ist unmöglich gemacht, daselbe ist mit der Verbreitung im Umlauf, also dem Ausragen von Haus zu Haus, von Ort zu Ort der Fall. Die Polizei ist nach diesen Bestimmungen künftig allmächtig; nicht von dem Willen der Wähler, sondern von dem Willen der Polizei hängt es einzig und allein ab, wer gewählt werden soll, wer nicht. Würden an Stelle der betreffenden Paragraphen des Reichswahlgesetzes künftig einfach die Worte gesetzt: Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Bundesgebiete jeder Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, vorausgesetzt, daß die Polizei des betreffenden Bezirks es erlaubt, dann wäre damit der geheimen Absicht der Regierung der präziseste Ausdruck gegeben.

Man wendet vielleicht von Freunden dieses Entwurfs Bestimmungen ein, daß ja die öffentlichen Blätter noch zur Verfügung blieben. Dieser Einwand trifft nicht zu. Die große Mehrzahl der Blätter, namentlich in den ländlichen Bezirken, sind Regierungs- und Amtsblätter; diese haben schon jetzt des oppositionellen in Parteien ihre Spalten verschlossen. Ihres amtlichen Charakters halber sind sie aber meist die gefestesten, abereichen davon, daß außer einem Amtsblatt in den meisten Bezirken kaum ein anderes Blatt existiert. Dieses wird wie das Amtsblatt verfahren. Aber nicht nur hat die herrschende Partei die vorhandenen Blätter zur Verfügung, sie hat zugleich die Polizei auf ihrer Seite, welche ihnen die Verbreitung solcher Blätter rüchhaltlos gestattet, während die Wahlkreise des Gegners verbietet.

Setzt nun der Fall, einem oppositionellen Gegner sei selbst ein im Bezirk bestehendes Blatt offen gehalten, das aber, wie es in den meisten Bezirken der Fall ist, nicht täglich, sondern 1-, 2- oder 3mal wöchentlich erscheint. In der der Wahl vorhergehenden letzten Nummer des Blattes wird der gegnerische Kandidat in verleumdendster Weise angegriffen — wie das als „Wahlmanöver“ häufig geschieht — dann ist der Betreffende trotz dem vollständig außer Stande zu antworten, weil ein Flugblatt zu verbreiten von polizeilicher Erlaubnis abhängt, welche wiederum nicht etwa dem Verfasser oder Herausgeber nur zu bewilligen ist, sondern den 20, 50, 100 Mann, welche bestimmt sind, in raschster Weise dem Flugblatt Verbreitung zu schaffen.

Niederträchtiger und perfider konnte keine Bestimmung erdacht werden, wie sie § 3 enthält. Dieser bezieht sich aber nicht bloß auf die Wahlagitator. Fällt es einem Zeitungsinhaber ein, Probestätter seiner Zeitung in Restaurationen u. c. gratis vertheilen zu lassen, so muß jeder Einzelne der damit Beschäftigten etwa um die polizeiliche Genehmigung einkommen, die selbstverständlich verweigert wird, wenn die Tendenz des Blattes nicht concenirt. & in Redner in einer Versammlung oder sonst irgendwo darf sich beikommen lassen, irgend eine Druckschrift selbst gratis vertheilen zu wollen — die heilige Polizei muß erst ihre Erlaubnis geben.

Was wir über § 3 gesagt haben, gilt auch über § 4, welcher lautet: „Als Verbreitung einer Druckschrift im Sinne des Gesetzes gilt auch das Anschlagen, Aufstellen oder Anlegen derselben an Orten, wo sie der Kenntnisaufnahme durch das Publikum zugänglich ist.“ Und der § 14 vervollständigt dieses Presserückengesetz, indem er bestimmt: „Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe dürfen nicht öffentlich angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt, oder auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder an andere öffentliche Orten unentgeltlich vertheilt werden. Ausgenommen hiervon sind die amtlichen Bekanntmachungen u. c. u. c., Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen u. c.“ Aber alle Erklärungen, Aufrufe und Bekanntmachungen, die etwas anders als die simple Anzeige nicht gesetzlich verbotener Versammlungen betreffen, sind sonach einfach, wenn sie sich auf öffentliche Angelegenheiten beziehen und nicht amtlich sind, unterdrückt.

Wird der vorgeschlagene Pressgesetzesentwurf wesentlich in seiner jetzigen Gestalt angenommen — und daran ist bei der Servilität, Freigebigkeit und Charakterlosigkeit des „Liberalismus“ nicht zu zweifeln — dann bedarf es nur noch eines entsprechenden Vereins- und Versammlungsgesetzes und der Anerkennung der Interpretation des § 130 des Strafgesetzbuchs, wie sie das zu reaktionären Dienstleistungen stets bereite preussische Obergericht verübt hat, für das ganze Reich — wozu ein oberster Reichsgerichtshof in Bälde gehoramt sich verstehen wird — und der Ring der Unterdrückungsgezeuge ist geschlossen, der Vernichtungskampf gegen die „reichsfeindlichen“ Parteien kann regelrecht beginnen.

Es ist weitgekommen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte, wo die Freiheit, welche der Liberalismus als Frucht der Einheit versprach, darin besteht, daß immer neue Ausnahme- und Unterdrückungsgezeuge für alle diejenigen geschaffen werden, welche sich nicht blindlings der regierenden Gewalt unterwerfen wollen. Derartig hat selbst das berüchtigte bonapartistische Kaiserreich nicht gewagt, mit der Presse und der öffentlichen Meinung umzuspringen, wie es in diesem Pressgesetzesentwurf geschieht. Das deutsche Reich eilt bereits seinem Untergang entgegen, noch ehe es seinen eigentlichen Glanzpunkt erreicht hat. Auf der Gewalt und der Unterdrückung begründet, kann es nur mit der Erhaltung immer größerer Gewalt und immer größerer Unterdrückung sich halten. Die Politik, die es geschaffen hat, es nach kaum drei Jahren seines Bestandes dahin gebracht, daß fast die Hälfte sämtlicher Wähler offiziell als „Reichsfeinde“ in die Acht erklärt werden und daß man nur durch ein Heer bezahlter Federn, und die angeblichste Ausnutzung der Beamtenmaschinerie das Volk fast mit Gewalt zum Glauben an die Reichshörlichkeit zwingen kann. Eine Regierung mit solchen Maximen kann unmöglich auf die Länge existieren, und es wird nur ein neuer Nagel zum Sarge der Reichshörlichkeit sein, wenn der Reichstag die Schmach auf sich lädt, einem Gesetzesentwurf, wie dem hier gekennzeichneten, seine Zustimmung zu erteilen.

## Politische Uebersicht.

— Bismarck an der Spritze. Am vierten Februar hat Herr von Bismarck die weihen Herren Reichsboten wieder mit bayrischem Bier und Würst abgefüttert und voll Liebeswürdigkeit dabei zum Besten gegeben, daß die Zeitungen, welche kürzlich von einer „Neuen Differeuz“ zwischen der preussischen und französischen Regierung berichteten, vollkommen wohl unterrichtet waren. Er hat wirklich ein Rundschreiben erlassen und Frankreich mit dem Kurassiersäbel gedroht, weil die französischen Klerikalen und Pfaffen ihre demis von Bestimmungsgenossen „moralisch unterstützen“ hätten. „Er habe“ — so brüdete er sich „genial“ aus — „einen kalten Wasserstrahl nach Paris gesandt.“ Der „brave deutsche Mann“ kann nicht wahrin, diese „Abfällung“ der Franzosen sehr staatsmännisch zu finden und das „gefällige Wort“ vom „kalten Wasserstrahl“ als einen Genieblitz höchster diplomatischer Weisheit zu bewundern. Sinentmalen es in Deutschland aber sehr viele Männer gibt, welche gar nicht „brav“ im Bismarck'schen Sinne sein wollen, so erlauben auch wir uns, die Sache von einer andern Seite zu besehen, als von welcher sie die deutschen Phüister und Wortpatrioten auffassen. Die Mehrzahl des deutschen Volkes kümmert sich gar nicht darum, was die

deutschen und französischen Pfaffen einander in die Ohren jischeln; die Interessen des deutschen Volkes haben mit den Interessen der deutschen und französischen Pfaffen gar Nichts zu thun. Wenn Herr von Bismarck sich mit den schwarzen Herren herumblagt, was hat das Volk damit zu schaffen? Und doch hat Herr von Bismarck mit seinem „kalten Wasserstrahl“ einen Conflict mit Frankreich riskirt, der möglicherweise wiederum mit Chassépot und Bündnadel hätte ausgetragen werden müssen. Durch den „kalten Wasserstrahl“ ist also das deutsche Volk in die Gefahr gebracht worden, sich mit dem französischen Volk gegenständig massenweis abschlagen zu müssen, lediglich weil es dem Herrn von Bismarck nicht gefiel, daß die französischen Pfaffen die deutschen „moralisch unterstützen!“ Wegen einer solchen Lappalie, die das Volk gar Nichts angeht — man denke hierbei an den Ausspruch Bismarck's, daß auch er zum Volke gehöre, und wäge Bismarck's Interessen und des Volkes Interessen ab — hätte also die Massenwutherei mit ihrem Gesolge von Volkverrohung, Gend, Noth, Thränen, Krüppeln und Drechorgeln wieder in Scene gehen können! An solchen Fäden hängt das Wohl und Wehe des deutschen Volkes!

Das ist der Segen der „genialen Staatsmänner“!

— Der erste Gang in dem Duell Bismarck-Lamarmora ist nicht zu Gunsten unseres „genialen Staatsmanns“ ausgefallen. Lamarmora hat nichts zurückgenommen, hat die Kechtheit der betreffenden Aktenstücke bewiesen; und die italienische Regierung ist ebenfalls öffentlich, wenn auch indirekt, für die Authentizität derselben eingetreten. Daß die italienische Regierung sich nicht ins Bodehorn jagen ließ, hat das Bismarck'sche „Volk“ sehr verschmüpft, wie aus folgender Jeremiade eines Reptilienkorrespondenten der „Deutschen Allgem. Zeitung“ d. d. Rom 1. Februar erhellt: „Die Fürst Bismarck-Lamarmora'sche Streitangelegenheit hätte beinahe einen Bruch zwischen den Cabinetten von Berlin und Rom bewirkt, da das italienische Gouvernement Herrn v. Ruedell rundweg verweigert hat, eine Erklärung zu geben, daß aus den Staatsarchiven sich nicht konstatiren lasse, daß die von Lamarmora und Govone aufgestellte bekannte Behauptung authentisch sei, und da das italienische Gouvernement erklärt hat, daß dies ein Streit sei, der sie nichts angehe.“ Mit anderen Worten die Regierung des Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte hatte der italienischen Regierung zugemuthet, sie solle lügen, um Herrn Bismarck rein zu waschen. Allerdings stark. — Lamarmora hat sich übrigens nicht begnügt, den Fürsten Bismarck in diesem ihm persönlich aufgezwungenen Duell abzuführen, er hat ihm auch in der von Schortemmer-Akt auf's Tapet gebrachten Affaire der ungarischen Legion eine fatale „Stoß ins Herz“ Ueberdrückung bereitet; indem er eine Depesche des Herrn Uedem, eigenen Gesandten des Fürsten Bismarck, veröffentlichte, aus welcher mit klaren deutlichen Worten erhellt, daß die Verbeurung des kaisers Bismarck, er habe erst nach der Schlacht bei Sadowa den vorher von ihm zurückgewiesenen Vorschlag zur Bildung einer ungarischen Legion adoptirt, das entschiedenste Gegentheil der Wahrheit ist, und zwar nothwendigerweise eine bewußte Unwahrheit ist. Nun — das kommt davon, wenn man nicht den Muth der Wahrheit hat und seiner Handlungen sich schämt. Wir gestehen, die nachträglichen Strupel des „genialen Staatsmanns“, die ihn in diese fatale Lage gebracht haben, scheinen uns wirklich seiner nicht würdig. Wer den Cavour spielen will, muß auch sein Savoyen und Nizza haben.

— Zur „Rohheitsstatistik“. Zwei gewiß unverdächtige Zeugen haben sich neuerdings zu Gunsten unserer Auffassung, daß die überhandnehmende Verrohung ganz wesentlich der Blut- und Eisenpolitik zu verdanken sei, ausgesprochen: Herr Birchow und Herr Max Hirsch. Ersterer sagte in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 27. Januar:

„Der Herr Minister des Innern hat neulich die Schuld an den mitleidigen Zuständen Berlins der Bevölkerung zugeschoben und ihre zunehmende Verwilderung als die Ursache der Unzulänglichkeit der Polizei bezeichnet. Allerdings tritt dieselbe (die Verwilderung) sehr stark hervor, da unsere Presse die Standalgeschichten mit besonderer Ausführlichkeit zu geben liebt. (Herr Birchow sähe es natürlich lieber, wenn die mit den pharisäischen Phrasen von deutscher Sittlichkeit so häßlich kontrastirenden Thatsachen hübsch von der Presse vertuscht würden!). Sie gewinnen dadurch eine unverhältnismäßige (!) Publizität. Aber es fragt sich doch, ob der Herr Minister statistische Unterlagen für seine Behauptung hat, nicht bloß die nicht ganz verlässlichen Ziffern der Brutalitätsstatistik, die Herr Harkort sammelt (Herr Harkort wird von dieser Ohrseige nicht sehr erbaut sein). Und ferner: sind die dabei in Frage kommenden Elemente zugewanderte oder einheimische. Nach meiner Erfahrung das erstere. Damit will ich jedoch durchaus der segensreichen Einwirkung der Freizügigkeit keine Schranken gesetzt wissen (weshalb denn überhaupt den Unterschied machen?). Vielmehr glaube ich, daß der Grund der Verwilderung in dem Einfluß der Schulregulative auf das Schulwesen liegt, für welches der Herr Minister Jahre lang die Verantwortlichkeit mitgetragen hat. (Aber war die „einheimische“ Bevölkerung nicht ebenso gut unter dem Einfluß der Schulregulative wie die zugewanderte? Birchow'sche Logik.) Vielleicht wäre es auch angezeigt, die Frage statistisch erörtern zu lassen, ob nicht die drei großen Friege einen schädlichen Einfluß in dieser Hinsicht auf die männliche Bevölkerung ausgeübt haben. Ich wenigstens halte es psychologisch für wohl begründet.“

So Birchow. Nun — die preussische Regierung wird sich wohl hüten, eine „Brutalitätsstatistik“ von diesem Gesichtspunkte aus aufzunehmen und der Blut- und Eisenpolitik sammt dem „Culturkampf“ die heuchlerische Maske abreißen zu lassen.

Herr Hirsch schreibt in einem „offenen Brief an den Landtagsabgeordneten Herrn J. Hoppe“ (S. „Gewerkeverein“ vom 6. d.) wie folgt:

„Als die Coalitionsfreiheit, zumal bei dem enormen gewerblichen Aufschwung, der rapiden Geldentwertung und der Verwilderung durch die häufigen Kriege auch bittere Früchte zeitigte, — da stieg auch der Einfluss der einseitigen Manchester-Richtung in der Fortschrittspartei.“

Für uns kommt bloß der mit fetter Schrift gedruckte Theil dieses Satzes in Betracht. Er beweist, daß auch Herr Hirsch seine lichten Augenblicke hat.

— Eine Ahnung. An „Ahnungen“ glauben, wie uns wohl allseitig zugestanden werden wird, henzutage nur noch alte Weiber. Ob diese Annahme durch das Folgende bestätigt oder entkräftet wird, überlassen wir der Entscheidung unserer Leser. In der „Wochenschau“ des letzten „Gewerkeverein“ (Nr. 5) lesen wir: „Wie sich jetzt heranstellt, hat sich unsere in der Wochenschau der Nr. 4 d. Blattes mitgetheilte Ahnung, daß sich unter dem Namen „Allgemeine Gewerkevereinsliga“ die Internationale (o Graus! o Graus! o Graus! D grausigster Graus!) verborgen (!) habe, bestätigt. Englische Originalkorrespondenzen in deutschen Blättern besprechen nemlich (!) den „Besuch einer internationalen Sektion, aus den Gewerkevereinstagungen (wie viel Congresses sind denn jetzt von den englischen Trades Unions abgehalten worden?) eine freundschaftliche Antwort zur Annäherung herauszulocken.“ Bekanntlich ist dieser Versuch mißglückt und „dieser Vorgang — schreiben die Blätter — wird den Trümmern der Internationale in England noch den letzten Stoß geben.“ So der „Gewerkeverein“. Welches „die Blätter“ sind, welche der „Internationale“ dieses schreckliche Schicksal prophezeien, wissen wir nicht, haben aber eine „Ahnung“, daß sie zum „Gewerkeverein“ ungefähr in demselben Verhältnißverhältnis stehen, wie weiland die Steinfleiner zu Sir John Falstaff. Was die „Ahnung“ des „Gewerkeverein“ betrifft, so sind wir zu unseren Bedauern genöthigt, dieselbe in die Kategorie der nichterfüllten Ahnungen zu verweisen, die ja, womit der gute „Gewerkeverein“ sich trösten kann, nicht ganz selten sein sollen. Die „Allgemeine Gewerkevereinsliga“ hat, das können wir dem „Gewerkeverein“ formell versichern, mit der Internationalen Arbeiterassoziation absolut nicht das mindeste zu schaffen, sie sieht nicht einmal mit den baltischen Sonderbündlern in Verbindung, sondern ist eine einfache Privatgesellschaft, und zwar eine verunglückte. Nicht ein einziger Gewerkeverein, nicht eine einzige Sektion eines Gewerkevereins in Deutschland, Frankreich, England, Amerika, der Schweiz, Belgien, irgend sonst einem Land gehört zu der „Allgemeinen Gewerkevereinsliga“, die nichts anderes ist, als ein schwindelhaftes Aushängeschild ohne irgend etwas dahinter.

Also mit dem „letzten Stoß“, den die „Trümmer der Internationale“ in England erhalten haben sollen, ist nichts, liebes Mädchen; dagegen haben wir eine kleine „Ahnung“, daß die Harmonieopfer der englischen Gewerkevereine sehr bald ihr Spiel angepielt haben werden, und vielleicht schon der nächste englische Gewerkevereinstag unter dem Banner der „Internationale“ stattfinden wird.

— Die Versalkter Henter dürsten nach Blut. Was bis jetzt am Todesopfer zu Satory gestossen, genügt ihnen nicht; es geht ihnen wie jenem Raubthier, das, sobald es einmal Menschenblut geloset, gierig nach „noch mehr“ lechzt. Dem Präsidenten der Krautjunkerversammlung, dem Komödianten Buffet, ging folgendes Schreiben zu:

„Paris, den 3. Februar 1874.“

Herr Präsident! Ich glaube Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Thatsachen lenken zu sollen, aus welchen hervorgeht, daß ein Mitglied der Nationalversammlung in dem Communeaufstande erschrecklich compromittirt ist, um der Gegenstand kriegsgerichtlicher Verfolgungen werden zu können. Im Juni 1872 war auf Grund von Dokumenten, die auf die Communebewegung Bezug haben, eine Untersuchung gegen einen gewissen Melvil Blancourt ohne Bornamen noch Bezeichnung seiner Wohnung oder seines Civilstandes, eingeleitet worden. Die Nachforschungen zur Feststellung der Identität waren bis vor Kurzem erfolglos geblieben; endlich gewann der Untersuchungsrichter die Ueberzeugung, daß der Angeschuldigte Niemand anders ist, als Herr Melvil-Blancourt, zur Zeit Abgeordneter der Nationalversammlung. Auf Grund dieser Eigenschaft des Angeschuldigten mußten die Untersuchungen sofort unterbrochen werden. Aber seine Theilnahme an dem Aufstande bleibt deshalb eine nicht minder augenfällige. Herr Melvil-Blancourt hat in folgender Art der Commune Beistand geleistet:

- 1) Am 5. April 1871 wurde er durch Verfügung des Delegirten der Commune für den Krieg mit der Direction der Werbungen für die Marschbataillone und die Artillerie betraut.
- 2) An demselben Tage nahm er von seinem Posten im Kriegsministerium Besitz und 23 Schriftstücke, von denen 16 seine Unterschrift tragen, bekundend, daß er thatsächlich bis zum 15. Mai 1871 das Amt eines Chefs der Abtheilung für Anwerbungen versehen hat; diese Schriftstücke tragen fast sämmtlich die Ueberschrift: „Befehl des Bürgermeisters Einseret, Delegirter für den Krieg.“
- 3) Es erhielt aus den Commune-Papieren, daß er während dieser ganzen Periode eine Besoldung von 10 Fr. täglich, in Summa 410 Fr. erhalten und darüber quittirt hat.

Aus andern minder authentischen Quellen, deren Gewicht nur durch eine gerichtliche Untersuchung festgestellt werden kann, geht mehr als zur Genüge hervor, daß er schon unmittelbar nach dem 18. März einen thätigen Antheil an der Leitung der revolutionären Bewegung genommen hat.

Demgemäß habe ich die Ehre, bei der Nationalversammlung die Ermächtigung zu weiteren Verfolgungen gegen den Abgeordneten Melvil-Blancourt nachzusuchen, welcher der Theilnahme an dem Pariser Aufstande und insbesondere angeschuldigt ist:

- 1) eines Attentats oder der Theilnahme an einem Attentat, welches darauf abzielt, die Regierung zu stürzen oder zum Bürgerkrieg aufzureizen; der Ausübung eines Amtes in bewaffneten Banden, welche darauf ausgehen, dem Staat angehörige Festungen oder Posten an sich zu reißen, die öffentliche Gewalt anzugreifen oder ihr Widerstand zu leisten; Verbrechen, welche in den Art. 87, 88, 91, 96, 50 und 60 des Strafgesetzbuches vorgehrieben sind.

von Admiralant.

Dieser Herr Admiralant ist bekanntlich Gouverneur von Paris, der sich durch sein rücksichtsloses Unterdrücken von republikanischen und sozialistischen Blättern bereits die Verachtung aller Arbeiter erworben hat. Die Nationalversammlung hat eine Commission

ernannt, welche denn auch die Verfolgung von Melvil-Blancourt beschlossen hat. Für dieses sogenannte Parlament existirt also die Unverletzlichkeit des Abgeordneten nicht, wie es schon die Affaire Ranc gezeigt hat.

Ein Pariser Blatt berichtet weiter: „Während der Verlesung des Briefes richteten sich alle Blicke auf den Abgeordneten Melvil-Blancourt, einen Malatten, der in Paris die Rechte studirt und sich der Advokatur gewidmet, im Jahre 1848 in der republikanischen Presse eine Rolle gespielt und seitdem für einen persönlich schüchternen und in seinem Privatleben durchaus unbescholtenen Radikalen gegolten hat. Herr Melvil Blancourt beharrt durchaus seine Ruhe. Einige Abgeordnete der Rechten näherten sich seinem Blage und betrachteten ihn wie ein wildes Thier. Unter ihnen zeichnet sich Herr v. Gasloube ganz besonders durch seine indistinkte Zubringlichkeit aus. „Was wünschen Sie, Herr v. Gasloube?“ ruft ihm Herr Henri Brisson unwillig zu; Herr Gasloube zieht sich begossen in die gastlichen Reihen der Rechten zurück.“

Bei ihrer Niedertracht benehmen sich die Krautjunker auch noch albern und tölpelhaft. Seit drei Jahren tobt nun das Ordnungshandbittenthum gegen die Anhänger der Commune; die Colonien sind mit Deportirten, die Gefängnisse noch mit Gefangenen gefüllt, und noch immer hat die Bourgeoisie Frankreichs nicht genug. Es wird weiter gemordet, gestandrecht, verurtheilt und deportirt. Das Proletariat, das stets seine Feinde durch Milde und Mäßigkeit beschämt hat, so lange die Macht in seinen Händen war, wird aus der Behandlung, die seine Freunde erfahren, lernen, wie es bei künftigen Gelegenheiten mit seinen Feinden zu verfahren hat.

— Bei den englischen Unterhauswahlen haben die Herrn Gewerkevereiner sich kolossal blamirt. Außer Macdonald in Stafford scheint nicht ein einziger ihrer Candidaten gewählt worden zu sein, obgleich dieselben als gute Harmonie-Küchlein vertrauensvoll unter die schirmenden Flügel der Henne Bourgeoisie getrocknet waren. Sollte noch der eine oder andere ins Unterhaus schlüpfen — im Augenblick, wo wir dies schreiben, sind noch nicht alle Wahlen beendet — so würde dadurch das Fiasko nur um so greifbarer gemacht, wie ein einziges Pampfen in einem finsternen Saal die Dunkelheit nur sichtbar macht. Wir leugnen nicht, daß wir mit diesem Resultat zufrieden sind (Herr Max Hirsch mag uns nun wieder flugs im „Gewerkeverein“ als Feinde der Arbeiter kennzeichnen). — Der Contrast zwischen der gewaltigen Macht, welche in den englischen Trades Unions liegt, und diesem Schauspiel jämmerlicher Ohnmacht in der Aktion, kann nicht verfehlen, belehrend und aufklärend zu wirken. Noch lieber freilich wäre es uns gewesen, sämmtliche „Führer“ der Trades Unions, von der Potter-Schule wären ins Unterhaus gekommen, und hätten dort „im Angesicht von ganz England“ vor ihren hohen Protektoren kagbadeln und kragfüßeln müssen. Da hätte sich der Bedenkenscharakter der Leuten so recht augenfällig gezeigt. Inabes auch außerhalb des Parlaments werden die Herren reichliche Gelegenheit haben, sich politisch todt zu machen. Als charakteristisch sei hier noch angeführt, daß der neuste „Beehive“ an der Spitze der Wahlausrufe seiner „Arbeitercandidaten“ den Ausruf des Herrn James Rothschild bringt! Rothschild an der Spitze der Gewerkevereiner! Schöne Aussichten Herr Max Hirsch, nicht wahr?

Die zum Theil aus fortgeschrittenen Elementen der Gewerkevereins-Aristokratie gebildete, schon früher von uns besprochene „Arbeiter-Vertretungs-Ligue“ (Labour Representation League) hat nachfolgenden Wahlausruf erlassen:

„Arbeiter! Der langerwartete Wahlkampf ist endlich da. Da beide großen politischen Parteien sich nun um eure Unterstützung bemühen werden, ist es unsere Pflicht, Euch zu sagen, daß Ihr erst für Euch selbst sorgen sollt. Mehrere Arbeitercandidaten sind im Felde, und erst, indem wir Euch beschwören, daß Ihr eure Rechte als freie Bürger hochschätzt, verlangen wir von Euch, ohne Zögern für diese zu stimmen. Wir sagen Euch, daß wenn Ihr so thut, Ihr nicht in einem beschränkten Kastengeist handelt. Als Klasse verlangt Ihr keine andere unterdrückende Herrschaft im Rathe der Nation; aber als ehrenhafte und Euch selbst respektirende Bürger wollt Ihr ein Ende machen der ungerechtesten aller Klassenunterdrückungen, unter welcher die große Arbeiterklasse des Landes allein leidet. Wir fordern Euch auf, für Arbeitercandidaten zu stimmen, um praktisch das Prinzip der Arbeitervertretung auszuführen. Wir fordern Euch auf, für Arbeitercandidaten zu stimmen, auf daß Ihr das Brandmal der Klassenausschließung von Euch entfernt. Und wiederum fordern wir Euch auf, für die Arbeitercandidaten zu stimmen, damit die Stimmen derer, die unter Euch gearbeitet und gelitten haben, vom Unterhause aus zur Nation gehen, eure Ansprüche zu rechtfertigen und eure Rechte zu verteidigen. Was allgemeine politische Fragen angeht, so sollten die Arbeiter Großbritanniens, für welche die Vergangenheit Unterdrückung und Unrecht war, Keinen unterstützen, der sie rückwärts führen oder in ihrem Streben nach Fortschritt aufhalten will. Wähltet daher alle sinnlosen Parteien und unterstützt nur diejenigen, welche bereit sind, gehörige Reformen in allen Zweigen der Landesverwaltung zu bewilligen, Männer, die entschlossen sind, etwas zu thun und die den Muth und die Einsicht haben, Euch zu sagen, was sie zu thun gedenken. Laßt diejenigen für politische Reaction stimmen, welche die Zukunft fürchten. Ihr müßt für die Zukunft arbeiten und ihr vertrauen.“

## Gewerksgenossenschaftliches.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Soltha.** Abrechnung. Kassenbestand von Monat Dezember: Thlr. 198. 16. 3. Eingegangene Beiträge mit Extrasteuer: Offenbach Thlr. 2., Weimar 2. 14. 5., Nürnberg 8. 23. 8., Leipzig 2., Konstanz 4. 24. 8., Mannheim 2. 25., Landshut 1., Wolfenbüttel 2. 10., Würzburg 18 Gr. 7., Gießen 17 Gr. 2., Wiesbaden 2. 7. 5., Rodlig 3. 16. 5., Soltha 1. 14., Deuben 2. 12., Erfurt 4. 17. 9., Gießen 17 Gr. 4., Mühlhausen 3. 4., Ludwigs-hafen 27 Gr., Apolda 1. 18., Dresden 19. 12., Koburg 1. 24., Pforzheim 15 Gr., Braunschweig 8. 6. 4., Regensburg 4. 24. 3., Würzburg 20 Gr., Ludwigs-hafen 27 Gr. 5., Augsburg 1 Thlr. Summa der Einnahme mit Kassenbestand 283 Thlr. 23. 8. — Ausgabe: Streifenunterstützung 15 Thlr., Abonnement auf die „Deutsche Schuhmacher-Zeitung“ 26 Gr. 3., desgl. „Volkstaat“ 6 Gr. 7., Porto des Kassiers 14 Gr. 5., Gehalt und Verlag des Vorstehenden 11. 11. 6. Summa 28 Thlr. 29. 1. Bilanz. Einnahme 283 Thlr. 23. 8., Ausgabe 28. 29. 1., bleibt Kassenbestand 254 Thlr. 24. 7.

Wir ersuchen die Orte, die noch mit Beiträgen im Rückstande sind, die restirenden Beiträge sofort einzusenden. Desgleichen werden die Orte gebeten, die noch Protokollgelde schuldig sind, zu zahlen, widrigenfalls dieselben namhaft gemacht werden. Dem Wunsch mehrerer Mitgliedschaften, die Städte, wo Mitgliedschaften

von uns existiren, mit Namen und Wohnung des Bevollmächtigten zu veröffentlichen, werden wir durch Druck eines Circulars nicht kommen, worauf sämmtliche Orte u. s. w. verzeichnet sind. Meldung der Bevollm. wollen dieselben uns freundlichst anzeigen. Den „Volkstaat“ nicht durch öfteres Wiederholen dieser Bekanntmachungen zu sehr zu beeinträchtigen, erhält jeder Ort ein Exemplar dieses Circulars, und sollen die Bev. jede Beschelung zu neugegründete Mitgliedschaft darauf weiter verzeichnen. — Gewählte Bevollmächtigte: Nürnberg: Georg Sögel, bei H. Kaufmann, Karolinenstr. 355; Wiesbaden: Christian Aker, Rönberg 7; Arnstadt: Adolph Georgie, Friedhof 709. Die Rührer Collegen warnen dringend vor Zuzug nach dort, weil Arbeitgeber, die augenblickliche Geschäftslücke benutzend, mit Pol abzulügen beginnen. Ganz dasselbe wird uns aus mehreren Orten berichtet, und ist dies eine neue Warnung zur Organisation.

Das Resultat der Urabstimmung ist „Ja“. Wir werden das die nöthigen Schritte veranlassen, damit auch wir schon am 1. März l. J. zur Union gehören. Es beträgt also vom 1. März die Steuer nach § 4 des Gewerkschaftsstatut und der Urabstimmung 2 Gr. 2 Pf. Wir bitten die Beamten der Gewerkschaft genau hierauf zu achten. Die 2 Pf. werden an die Hauptstelle als Unionsteuer eingesandt.

Für die Verwaltung: W. Bod.

### Allgemeiner Böttcher- (Käyer-) Verein.

In Birnbaum stellten am 2. Januar unsere Collegen eine Lohnforderung von 30 pCt. an ihre Arbeitgeber. Beide Parteien einigten sich. Unsere Collegen erhielten eine 20procentige Erhöhung ihres Lohnes. Die Arbeitgeber bemerkten, daß bei der nächsten Brennperiode die Arbeit für Spiritusfabrikanten erhöht werden sollte, damit die Arbeiter dann den geforderten Lohn erhalten. In Birnbaumer Mitglieder meldeten mir, wenn sie nicht im Verein gewesen wären, hätten sie gewiß keinen Pfennig mehr erhalten. Legieren möge sich Mancher etwas ins Gedächtniß nehmen, der vereint sind wir Alles, zerrissen aber Nichts.

In Altona versuchten die Meister unsern Verein zu zerreißt, indem sie den verheiratheten Gesellen die Arbeit kündigen zu meinen, wenn letztere Hunger haben, werden sie kommen, sich anbieten, billiger arbeiten und den Verein vergessen. Aber die Herr Meister werden sich sehr irren, denn die Altonaer Collegen sind einig. Es werden solche Arbeitgeber keine Gesellen erhalten. Demnachregelt werden von ihren Altonaer Collegen und der Hauptkasse unterstützt. Es ist nothwendig, daß alle Mitgliedschaften dafür Sorge tragen, daß der Zuzug von Altona-Hamburg so bleibt.

F. Oragert.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

München, im Februar. In einem früheren Artikel vom September v. J. wurde Mittheilung darüber gemacht, daß durch den Aktien-Schwindel hervorgerufene Krise den hiesigen Verein in ganz bedeutender Weise heimsuchte und wurde zugleich vor Zuzug der Collegen nach hier dringend gewarnt. Leider hatte die Warnung nicht den gewünschten Erfolg und darum mußten sie ganz naturgemäß unsere Arbeitsverhältnisse in demselben Maße verschlechtern, in dem das Angebot der Arbeitskraft die Nachfrage überstieg.

Alle unsere damals ausgebrachten Befürchtungen sind leider in Wahrheit geworden. Hunderte von Collegen wurden unter den mißlichsten Umständen zur Abreise gezwungen, eine Menge andere Beiratharbeiter wurden durch den Hunger, der Confection in der Arme getrieben und so gezwungen, sich langsam aber sicher die eigene Grab zu schaufeln. Was aber das am meisten Bedauern werthe ist, die der Organisation angehörenden Männer mußten zum großen Theil hiesigen Ort verlassen, während eine bedeutende Zahl der neuankommenden Collegen sich um die Organisation gar nicht kümmert und der weitaus größte Theil der hier sesshaft Schneider mit ihrer „Intelligenz“ sich über die „Theiler“ als „Arbeiterführer“ höchlich erhoben (z. B. die Arbeiter der Firma von Hof) und in tiefer Unterthänigkeit ihren „Meistern“ gegenüber „gehorsamst erstarben“, (um im Reichstagsstil zu reden) hier kann nur eine mindestens 1 Jahr andauernde Blockade, verbunden mit reger Agitation Abhilfe schaffen.

Zu allererst wäre nothwendig, daß der Vorort, München, alle Gewerksgenossen, die in der Organisation stehen, gesammelt wird, d. h. dieselben auffordert hiesigen Ort zu meiden.

Weiter wäre erforderlich, daß in unserer Gewerkschaft sich einmal das Augenmerk auf regere Agitation wenden resp. ein befähigtes Mitglied zu einer Rundreise veranlaßt werden müßte, denn so lange es noch neun Zehntel der Schneider giebt, die unserer Organisation nicht einmal Wissen haben, werden wir den vereinzelt Orten wo Mitgliedschaften bestehen, wohl Ort zu bringen wissen, dieselben aber zum großen Theil verloren sein, weil sobald wir uns zum Kampfe stellen, sofort eine Menge anderer nicht organisirter Arbeiter bereit sind, unserer Forderung durch Massenangebot ihrer Arbeitskraft undurchführbar zu machen.

Um wieder auf die „Blockade“ zurückzukommen, führen wir jedenfalls durchschlagenden Beweis für ihre Nothwendigkeit an, daß der Durchschnittslohn in hiesiger Stadt 7 fl. 40 kr. 4 4 Thlr. 11 Gr. 5 Pf. beträgt. Gegenwärtige man sich, man bei solchem Verdiensten menschenwürdig leben kann. Collegen es ist heute keine Phrase, wenn wir sagen, „die Schneider München haben mit dem Hunger zu kämpfen. Und darum rufen wir zu: meidet München! meidet es in eurem eigenen Interesse.“

Von einem Strike müssen wir hier absehen, weil die Organisation noch nicht darnach ist, uns den Sieg hoffen zu lassen, die Cholera der „hohen Polizei“ die erwünschte Handhabe der Versammlungs-Bebote schon seit 6 Monaten bietet; es bleibt daher das einzige Mittel unsere Löhne zu bessern, wenn die Collegen aller Orte unsere Warnung beherzigen und München meiden.

Für die Mitgliedschaft: Großmann, Bevollmächtigter.

## Correspondenzen.

**Leipzig.** Bezeichnend für die Kunst der „Reporter“ „Berichterstatter“, die in öffentlichen Blättern ihr Unwesen treiben, ist die neueste Wahlfrage der „Leipziger Nachrichten“. Diese hatten behauptet, in Kleinjocher habe der Wahlvorstand 6 Uhr die Wahl nicht schließen können, „weil sonst die Sozialdemokraten ihn totschlagen hätten.“ Der betreffende Wahlvorsteher hat sich sofort auf die Rebaktion der „Leipziger Nachrichten“ begeben und dort erklärt, daß er um 6 Uhr geschlo habe und daß die Behauptung, er sei von den Sozialdemokraten bedroht worden, gänzlich erlogen sei. Auch wir können bestätigen auf Grund genauer Ermittlungen. Die „Leipziger Nachrichten“, resp. deren verantwortlicher Redakteur, über die Verantwortung dem Berichterstatter. — Die Sache ist

einfach die: Ein Subjekt, das sich „Reporter“ nennt, schreibt „Berichte“ für die „Leipziger Nachrichten“, die Druckeile à 5 Pf. oder 1 Sgr. je nach der Laune des Geldbentels des unorthographischen Herausgebers. Will sich nun jenes Subjekt, der „Reporter“, etwas verdienen, so muß er „Berichte“ bringen, die „interessant“ sind, da sie sonst der Herausgeber zurückweist. Wenn nun nichts „Interessantes“ passiert, so muß selbstverständlich der „Reporter“, um seinen Magen befriedigen zu können, etwas erfinden; er muß Lügen schreiben, und je unerschämter er lügt, desto „interessanter“ ist der „Bericht“, desto mehr Groschen fallen ab. Auf diese Weise ist die Behauptung, in Kleinschöder hätte der Wahlvorsteher um 6 Uhr nicht schließen können, „weil ihn sonst die Sozialdemokraten todgeschlagen hätten“, in die „Leipziger Nachrichten“ hineingekommen.

So ist in diesem Fall, so in tausend und hunderttausend andern.

Unsern Lesern aber können wir getrost überlassen, zu untersuchen, in wiefern sich ein solches Reportergewerbe vom Diebstahl unterscheidet. Um so getrost, da wir wissen, daß sich unter den „Reportern“ auch wirkliche Diebe befinden.

**Raumburg, 2. Jan.** (Wie man Geschäfte zu machen sucht.) Im Raumburger Kreisblatt befindet sich folgende Annonce: „Zur gefl. Beachtung! Ich erlaube mir hiermit gütigst dem hochverehrten Publikum resp. meinen geehrten Kunden und den Herren Gästen der Lokalitäten Raumburg zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß ich aus dem sozialdemokratischen Verein ausgetreten bin und nie wieder in einen solchen eintreten werde. Ich bitte hiermit um ein gütiges Wohlwollen und Vertrauen und mich meines gebrechlichen Körpers halber zu berücksichtigen. Ganz ergebenst Friedrich Ritter, Bregelträger.“ Gott habe ihn selig und lasse ihn gute Geschäfte machen.

**Ramenz.** Wie bereits bekannt, ist im hiesigen 3. Reichstagswahlbezirk der Minister des Innern v. Rositz-Ballwitz mit über 11,000 Stimmen zum „Vertreter des Volks“ (?) ernannt worden. In erster Linie waren es besonders die Gewerbevereine, welche mit der Candidatur von Rositz-Ballwitz hervortraten; diese Vereine verlangen vom Volksvertreter hauptsächlich Mitwirkung für Einführung von Arbeitsbüchern, Bestrafung des Contractbruchs und wahrscheinlich noch mehr dergleichen schöne Dinge; gleichwohl wurde auch der „Freisinnigkeit und Arbeiterfreundlichkeit“ des Candidaten aller Reichsfreunde reichlich Erwähnung gethan. Aber wo steht die gerühmte Freisinnigkeit des Ministers eigentlich? fragen wir, die sog. „Reichsfeinde“. Die Erinnerung an den sog. Leipziger Hochverrathsprozeß, die Ausweisungen von Hepper, Wolf, Ufert u., die zahlreichen Maßregelungen, Polizeiwillkürlichkeiten u. lassen uns an die Freisinnigkeit des Ministers nicht glauben. Wir stellten Parteigenosse Dachsner unsrerseits als Candidat auf, von den Mitgliedern des Allg. d. Arbeitervereins wurde Keller als solcher aufgestellt, während endlich die Ultramontanen Graf Stollberg zum Vertreter sich aussersehen hatten. Die schönen Seelen aller Sorten „Liberaler“ und „Conservativer“ fanden sich brüderlich zusammen, um vereint den „Reichsfeinden“ entgegenzutreten. Die Agitation von dieser Seite scheint geraume Zeit verdeckt, aber energisch betrieben worden zu sein; erst kurz vor den Wahlen trat dieselbe auf dem Gebiet der Presse in die Öffentlichkeit; vorzüglich der Sozialdemokratie wurde durch reichliche Beschwendung von Papier und Druckerhörige seitens anonym auftretender strebsamer Press-Turko-Recuten viel Aufmerksamkeit zu Theil; auch der Candidat sowie die Tendenzen der Ultramontanen gingen nicht ganz leer aus. — Kurz vor der Wahl begann der gegnerische Apparat zu arbeiten; und man kann wohl sagen, ohne zu übertreiben, daß in Sachsen für eine Candidatur kaum mehr gethan worden sein dürfte, als hier für die von Rositz-Ballwitz.

Doch auch unsere Parteigenossen muß das Zeugnis ausgestellt werden, daß Alle nach Kräften ihre Schuldigkeit gethan haben. Die für Dachsner im hiesigen Bezirk abgegebenen Stimmen (in Ramenz 163, in Bischofswerda 134, in Großröhrsdorf 88, in Elstra 33 u., zusammen 513) rühnen fast durchgängig von Männern her, die doppeltem und dreifachem Kreuzfeuer widerstanden haben. Als ein weiterer Beweis für das auch hier, wenn zwar langsam, so doch sicher sich Bahn brechende Volksbewußtsein gilt sicher das Gebahren der hiesigen Lokal-Schmierpresse; die schimpft und jammert, als ob es schon am andern Tag an den Reagen gehen würde. Namentlich die „Röcker“ in Großröhrsdorf, deren Redacteur ein bankrott gewordener Kaufmann ist, „der sächsische Erzähler“ in Bischofswerda, die „Ramenzsche Wochenchrift“ und endlich das in Pulsnitz erscheinende „Wochenblatt für Pulsnitz und Königsdorf“ mühen sich ab, der Sozialdemokratie das Feld streitig zu machen. Im Uebrigen wird sich's wohl zeigen, daß die Ideen des Sozialismus auch hier immer mehr Eingang fanden, trotzdem anonyme, angehende Preßturkos den Mund voll nehmen.

**Solfa.** Die Erfolge der sozialdemokratischen Partei und die von derselben auch auf die Landbevölkerung ausgeübte Agitation erfüllen unsre Gegner mit Schrecken. Während das hier erscheinende Regierungs-Intelligenzblatt behauptet, „die letzten Wahlen hätten bewiesen, daß für die Sozialdemokratie kein Boden in unserm Ländchen sei“ (aber doch bei nur mangelhafter Agitation 1438 St.) so bemüht sich schon seit einiger Zeit der Pastor Trümpelmann in Friedrichswerth Vorträge zu halten, wie der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande Einhalt zu thun sei. O, es wäre ja auch schrecklich für ein seelverzehrendes Gemüth, wenn die Landbevölkerung durch unsre Agitation aufgeweckt, sich nicht mehr zu reaktionären Handlungen gebrauchen ließe, die Worte des Herrn Pastor nicht mehr so recht glaube und endlich das gute Beispiel des Herrn Pastor nachzuahmen trachteten, sich „wohl zu nähren, zu kleiden und zu wohnen.“ Die Vorträge dürften schwerlich den gewünschten Zweck erreichen. Der hier tagende Landtag, zu dessen Corrophäen auch Herr Trümpelmann gehört, ist eben daran, daß allen gotthardischen Staatsangehörigen durch Staatsgrundgesetz garantierte freie Vereins- und Versammlungrecht durch ein neues Gesetz zu beschneiden. Vergebens wies einer der Abgeordneten darauf hin, daß in denjenigen Ländern, wo reaktionäre Vereins- und Versammlungsgesetze existiren, die meisten Ausschreitungen stattfanden, während in Thüringen bei freiem Vereins- und Versammlungrecht derartige Ausschreitungen nicht zu beklagen seien; der Antrag, der vom Staatsanwalt Morchut gestellt und den Herr Pastor Trümpelmann mit seinem „warmen“ Herz für die Arbeiter aufs wärmste befürwortete, wurde angenommen.

Also auch Solfa bekommt ein Stück „Culturkampf“. Ob es Herr Trümpelmann gelingt, die sozialdemokratischen Agitation dadurch Einhalt zu thun, dürfte die Zukunft beweisen. Wir meinen, so lange es Unterdrücker und Unterdrückte giebt, so lange wird die Agitation der Sozialdemokratie dauern. Das beste Mittel, diese Agitation zu beseitigen ist: Die Ursachen der Knechtschaft und der Noth auszuröten.

**Sof i. B.** Sachsen resp. die Sozialdemokraten, die von dort kommen, scheinen allu erall „höchst staatsgefährlich“ zu sein, denn ein gelindes Gruseln überläuft die Rücken gewisser Leute, wenn so

ein durch und durch rother Kerl irgendwo hin kommt und zu den Arbeitern in öffentlicher Versammlung reden will. Der Staat muß dann um jeden Preis gerettet, es muß „von Amtswegen“ solchen Buhlern die Mäßigkeit benommen werden, ihre „destruktiven“ Gesinnungen im Volke zu verbreiten. Daß sich die guten Deutschen bei solchen Gelegenheiten gründlich blamiren und für die Sozialdemokratischen Propaganda machen, bedankt zufälligerweise Niemand. Daß bei solchen Gelegenheiten auch so manche Inkonsequenz unterläuft, thut auch nichts zur Sache. Doch ich will einen Fall erzählen, der sich in Hof ereignete. Im Dezember v. J. referirte ich einmal in Hof; die Versammlung wurde angezeigt und ich als Referent B. aus Wien angegeben. Damals durfte ich ungehindert sprechen, es fiel einer wohlweisen Behörde nicht im Entferntesten ein, mir die Verechtigug abzusprechen. Von Hof ging ich nach Sachsen, um an den „sozialdemokratischen Umtrieben“ Theil zu nehmen. Als die agitatorische Thätigkeit in Sachsen beendet war, nahm ich mir vor, auch Baiern, wo noch nicht allzuviel geschehen ist, zu bereisen. Ich fuhr daher von Leipzig nach Hof und ließ dort eine Versammlung einberufen. Einberufer war Bürger Pienig, „doch o weh! lei — Baiern! Remeis, welche Bekanntheit ihre Freunde hat auf etwaige „Gesetz-übertretungen“ der bösen Sozialdemokraten besonders zu achten und dieselben sofort zu rächen, war auch hier nicht faul. Die Versammlung wurde in „Form Rechtsens“ nachmittags angezeigt. Abends kam ein Diener St. Hermandads mit einem Schreibbriefe, welcher vom löbl. Stadtmagistrate Hof ausging und wie folgt lautet:

An den Redacteur Herrn E. Pienig hier.

In Bezug auf Ihre Anzeige vom 5. d. Mts. Abends 8 Uhr in den Laubmannsgarten einberufene Versammlung der sozialdemokratischen Partei mit der Tagesordnung:

Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Ref.: Wolf aus Sachsen.

wird Ihnen mitgetheilt, daß diese Versammlung auf Grund des Art. 1 des Gesetzes vom 26. Februar 1850, die Versammlungen und Vereine betr., hiemit ausdrücklich verboten wird, da dieselbe sowohl von einem Nichtbayeren berufen, als auch insbesondere einem Nichtbayeren das Referat über den einzigen Punkt der Tagesordnung übertragen ist.

Gegen diesen Beschluß steht Ihnen innerhalb 14 Tagen das Recht der Beschwerde zur kgl. Regierung von Oberfranken zu, was Ihnen mit dem Beisügen bekannt gegeben wird, daß selbstverständlich die Einlegung des Recurses Suspendiv effect nicht hat.

Hof, am 5. Februar 1874.

Der Stadtmagistrat v. Münch.

Ich kann nur bemerken, daß in der Anzeige die „Startsgefährlichkeit“ enthalten war: Referent Wolf aus Sachsen. Es geschah dies nur aus Versehen, da mich Pienig nicht fragte, wo denn eigentlich meine „Heimath“ sei. Der „Wiener“ durfte seinerzeit sprechen, der „Sachs“ nicht. O heilige Einheit „Deutschlands“. Weitere Commentare möge sich Jeder selbst machen.

R. A. Wolf.

**Brundöbra b. Klingenthal i. B.** (Berspäter Wahlbericht)

Am 7. Januar c. erhielten wir die Nachricht von einigen auswärtigen Freunden, daß unserm Wunsch gemäß der von unsrer Partei im 23. sächs. Wahlkreise aufgestellte Reichstagscandidat Herr Webermeister Stadtrath Albert aus Glauchau, trotz der wenigen Tage, die nur noch bis zur Wahlschlacht waren, auch bei uns das Referat in einer Volksversammlung zu übernehmen sich erklärte. Dies versetzte uns in nicht geringe Freude, umso mehr, als am 3. Januar zuvor der von den Fabrikanten, Kunstuten u. aufgestellte nationalliberale Candidat, Herr Krause aus Dresden, in dem nahegelegenen Klingenthal seinen „Wählern“ sein „politisches“ Glaubensbekenntnis (wie die bez. Anzeige in den hiesigen Seldsack vertretenden Blättern lautete) ablegte. Was derselbe zu Tage förderte, war um kein Jota anders, als wie schon so vielfach aus Berichten dieses Blattes zu ersehen war; daß er aber vollständig im Sinne unserer hiesigen wohlgenährten Viertelschelden referirte, bezeugten sie durch wiederholtes gurgelndes Bravo. Daß sich diese Herren dadurch in den Augen des arbeitenden Theils im rothsten Lichte gezeigt zu haben glaubten, setzten sie voraus; daß ihnen aber diese Wahlangelegenheit vor Thorschluß auch noch Mühe und Sorge bereiten könnte, dachten sie nicht. Welcher Arbeiter konnte ihrer Meinung nach die Freiheit haben, ihren Willen zu durchsetzen. Welche Glückseligkeit und Ruhe die Herrn bis dato hatten, die Arbeiter so recht nach ihrer Pfeife tanzen zu sehen; das „Ost“ der Sozialdemokratie war noch nicht bis zu uns in der Weise gedrungen, daß ein Mann aufgetreten wäre, der bei solcher Gelegenheit ihnen die Kappe von den Bollmonds-geschichtern gerissen hätte, um sie in ihrer wahren Gestalt darzustellen! Und jetzt wo dieses durch einen Mann geschehen sollte, in Gestalt des Herrn Albert, das sollten wir nicht mit Freuden begrüßen? Ja, es ist Thatsache, daß sehr Viele gar nicht einmal wußten, ob sie wählen dürfen und wie sie sich dabei verhalten sollen; sehr Viele lesen ja kein Blatt, woher sollen es dieselben denn wissen? Daß es unter so bewandten Umständen leicht ist, jemandem ein X für ein U vorzumachen, ist wohl selbstverständlich.

Am 7. Januar gegen Abend kam Herr Albert, welcher in Delnig, 4 eine halbe Stunde von hier, anwesend war, selbst zu uns, um den Tag der Versammlung zu bestimmen und das Nöthige zu veranlassen. Wir können nicht unterlassen, ein Ereigniß desselben Abends mitzutheilen, das auch die Bildungsstufe der Obitheten so recht im grellsten Lichte kennzeichnet. Herr Albert unterhielt sich mit zwei Bourgeois im hiesigen Schloß'schen Gasthose (in welchem auch die Volksversammlung stattfand) über die Tendenzen der Sozialdemokratie; die beiden Herren, vorzüglich der eine, welcher bei jeder passenden Gelegenheit seine Weltweisheit an den Mann zu bringen suchte, glaubten vielleicht Herrn Albert als Arbeiter schon diesen Abend einen bitteren Vorgeschmack beizubringen für den Tag, an welchem er hier öffentlich auftreten wollte. Aber die Sachlage änderte sich; Herr Albert machte dem betr. Herrn den Standpunkt in einer Weise klar, daß er schon diesen Abend vielleicht zu der Einsicht gelangte, mit dem mag ich öffentlich nicht anbinden. Wenzgleich die Unterhaltung mitunter heftig geführt wurde, blieb sie doch in den Grenzen des Anstandes. Während dieser Unterhaltung kamen noch mehrere Gäste, unter diesen der Schankwirth und Gemeinderathsmittglied G... von hier, welcher, kaum daß er gehört hatte, daß dies ein Sozialdemokrat sei, ausführte: „Kommen denn die rothen Hunde auch zu uns!“ Hätte dieses ein Ohrensenje gesagt, der hätte vielleicht ein paar Ohrfeigen erhalten, so äußerte dies ein Mann, der froh sein muß, wenn ihm die „rothen Hunde“ ihre paar Groschen hintragen, daß er seine Faulheit stärken und nebenbei dieselben über die Achseln ansehen kann. Herr Albert hat diese Äußerung in der Versammlung öffentlich in einer Weise gerügt, daß Jeder zufrieden sein konnte. Doch zur Sache. Am Freitag den 9. Jan. zeigten rothe Placate

in ziemlich allen Orten der Umgebung an, daß auf Abend von 8 Uhr an, eine Versammlung mit dem Referat: „Die Thätigkeit des verflorenen Reichstages und die Reichstagswahlen“ festgesetzt. Punkt 8 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und zur Wahl der Vorsitzenden geschritten. Das Bureau gelangte in die Hände der Arbeiter. Auf das Referat selbst einzugehen, halten wir, um den Raum dieses Blattes nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, für überflüssig. Nur so viel sei gesagt, daß Herr Albert sich seines Referats in einer Weise entledigte, daß Jeder ihm den vollsten Respekt zollte. Trotzdem die anwesenden Gegner dreimal zur Entgegnung aufgefordert wurden, meldete sich doch Niemand, weil es besser ist, jesuitenmäßig zu verfahren, als sich öffentlich blamiren zu lassen. Nachdem noch von dem betr. Vorsitzenden, Herrn Glatz, die bezüglichen Paragraphen des Wahlreglements, sowie die Strafen, die auf Wahlbeeinflussungen resp. Fälschung des Wählergebühnes angedroht sind, der Versammlung mitgetheilt waren, wurde selbige von Genanntem geschlossen. — Da also in der Versammlung kein Grund zu Streit gefunden wurde, so wurde derselbe in der Post-wartehalle, wohin wir uns mit Herrn Albert versügten, welcher denselben Abend seine Weiterreise mittelst der Post bewerkstelligen wollte, provoziert und zwar in einer Weise, die alle Scham bei Seite ließ. Von einem gewissen Reinel, Bruder eines Fabrikanten in Unterfranken sind Herrn Albert sogar Schellen angeboten worden. Als derselbe abgereist war, sich also nicht mehr vertheidigen konnte, ist noch von einem hiesigen Schankwirth Namens Dörfel geäußert worden: Herr Albert hätte sich von den Eingangs erwähnten zwei Bourgeois im Schloß'schen Gasthose 5 Thaler zu seinem weiteren Fortkommen gebettelt und daß er noch zu beiden gesagt haben soll, wer über 200 Thlr. in Vermögen hat, ist ein Spigbübe; es ist dem Genannten sofort diese Äußerung als Lüge nachgewiesen worden. Wir haben diese Verläumdung mit dem betr. Zeugen Herrn Albert berichtet, derselbe aber gab uns die Nachricht, daß er von einer Klage abstehe, uns auf Verbal verweisend, dem es unter Umständen noch krasser erging; hingegen sollen wir den pp. Dörfel öffentlich als gemeinen Lügner und Verläumder darstellen. Mit dem Resultat der Wahl selbst können wir zufrieden sein. Speziell in unserm Ort hat Albert 100 (4 waren ungültig), Krause 83; daß es da an langen Geschlechtern nicht gefehlt hat, ist nach dem Mitgetheilten wohl bezweifellich. Im Ganzen hat Albert im hiesigen Wahlbezirk 223 Stimmen erhalten (6 waren ungültig). Daß wir nicht siegen konnten, war voraus-zusehen; aber der Samen ist gestreut, an der Frucht wird es bei nur einigermaßen betrübener Agitation nicht fehlen.

Einige Parteigenossen.

**Berlin, 2. Februar.** In der Fabrik von Herrn H. Kernaul in Berlin, alte Jacobstraße 10, wählten die Arbeiter zweier Sectionen je zwei Deputirte, um dem Fabrikherrn die Bitte, um Erhöhung des Accordpreises für Zusammenlegen der Bistlere (für die neuen Raufergewehre) vorzulegen; sowie auch denselben zu ersuchen, die Zwangsfeierabendarbeit (bisher 10 Uhr auch 12 Uhr Nacht), wie auch die Zwangs-Sonntagsarbeit (bisher von 7 Uhr früh bis 3 Uhr Nachmittags) insoferra zu beschränken, daß es einem Jeden in dringenden Fällen gestattet sei, Abends 7 Uhr die Fabrik verlassen zu dürfen. Ebenso sollte die Sonntagsarbeit bis 12 Uhr Mittags beschränkt werden. Diese Bitte wurde zunächst in schriftlicher Form an Herrn Director Haller gerichtet, welcher dieselbe mit Achselzucken und Rückenstöhnen beantwortete. Der Schreiber der Petition wurde sofort entlassen, was zur Folge hatte, daß sämtliche Zusammenleger die Arbeit niederlegten. Hierauf schickte Herr Kernaul die Herrn Meister Bahle und Bellmann nach dem schräg gegenüber liegenden Lokal, um mit den Arbeitern zu unterhandeln, bezgl. die Stimmung zu erforschen. Die vier Deputirten bezogen sich zu Herrn Kernaul, um persönlich Rücksprache mit demselben zu nehmen. Derselbe bewilligte eine Erhöhung des Accordpreises, auch versicherte er, daß den Arbeitern auch gestattet sein würde, in dringenden Fällen die Fabrik um 7 Uhr Abends zu verlassen. Trotzdem wurde am Mittwoch Morgen den vier Deputirten eröffnet, daß dieselben für alle Zeiten aus der Fabrik entlassen seien. Die Arbeiter beschloßen nun in Anbetracht des gebrochenen Wortes die Arbeit endgültig niederzulegen, worauf einem Jeden ein Fuzniß ausgetheilt wurde, worin betont war, daß derselbe entlassen sei, weil er sich an einer planmäßigen Arbeitseinstellung betheiligt habe.

**Königsberg, 24. Januar.** Aus zuverlässiger Quelle geht mir die Nachricht zu, daß die Mitglieder der hiesigen Ortsvereine (Max Hirsch) Sonnabend den 17. c. in einer Verhandlung versammlung beschloßen haben, diejenigen ihrer Mitglieder auszustoßen, ohne Anrecht auf die Kassen, welche zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehören oder deren Versammlungen besuchen! Die Mitglieder haben sich durch Unterschrift dazu binden müssen. Schade, daß dieser Schritt nicht vor den Wahlen geschah, wir hätten dann 600 Stimmen mehr gehabt. Wie Unterstützungsvereine, die sich mit Politik nicht befassen dürfen und auch nicht wollen, einen solchen Beschluß fassen können, ist mir unklar. Berpönnen sie eine politische Partei, so ist damit eingestanden, daß sie als Vereine Anhängel einer andern politischen Partei sind. Durch ein solches Vorgehen in blindem Haß bringen die Herren Vorsteher jene Ortsvereine, die wenigstens einigermaßen das Uebel der Arbeiter mildern, in Conflict mit den Gesetzen und können die Aufhebung jener Vereine zur Folge bringen. Blinder Eifer schadet nur. Die Mitglieder, welche für ihre Einkünfte fürchten, gehen nothgedrungen mit den Vorstehern mit; sie sollten aber bedenken, daß sie ihre Kassen durch Unterstützen der von ihnen einmal ernannten Vorstehenden, welche zu ihren Handlungen das Licht des Tages scheuen, in noch viel größere Gefahr bringen. Wenn der Zwed der Max Hirsch'schen Ortsvereine nach diesen Vorgängen noch nicht klar ist, dem ist nicht zu helfen.

**Königsberg i. Pr., 26. Januar.** Unser Prof. Dr. Möller, der Vertrauensmann und das „Genie“ der hiesigen Fortschrittspartei, hat sich seit seinem Fiasco gegen Eckstein so voll Bath gegen die Sozialdemokraten gefozogen, daß er bei jeder Gelegenheit es nicht unterlassen kann, seine Tauge zu versprechen. So versagte er einen Wahlausruf seiner Partei, in dem keine Andeutung davon gegeben war, wie der Fortschrittscandidat sich bei den verschiedenen vorausichtlichen Gesegentwärtigen des künftigen Reichstages verhalten wird, wohl aber war der Sag in diesem Ausrufe enthalten: „Wählt keinen sozialdemokratischen Schwindler“. Auf unsern Candidaten, den in allen Kreisen ansäbiger Gegner wohlgeachteten Kaufmann Max Herbig, bezogen, eine Infamie (sonder Gleiches?). Dr. Möller wurde denn auch von den andern Fortschrittleren bewogen, eine neue Auflage zu veranstalten, in welcher er den „Schwindler“ in „Apostel“ übersetzte; in Bezug auf den hier seßhaften Herbig auch ein Bißdönn.

Ferner äußerte sich dieser Herr Dr. Möller, nach den Wahlen in der Stadtorordnetenversammlung, gelegentlich eines von ihm

\*) Vielen unerklärlich ist es, wie ein Mann wie Didert, der als selbständiger Charakter noch viele Achtung genöß, seinen Namen als das Ziel eines solchen Ausrufes vergeben konnte.

Die Volkshilfsbibliothek beantragte Zusendung seitens der Stadt von 300 Bänden, man hätte die Köpfe der Arbeiter unserer Stadt bei Gelegenheit der letzten Wahlen erkannt.

Auf die direkte Anfrage des Dr. Johann Jacoby, ob Herr Dr. Müller die Köpfe der Arbeiter darin gesehen, daß andertausend Stimmen auf Max Herbig gefallen, oder aber weil der Fortschrittscandidat 3800 Stimmen erhalten, wagte Müller zu behaupten, er habe „Bernarrtheit“ gesagt, nicht „Kohheit“, so mit einer kurzbeinigen Äußerung seine langatmige Unverschämtheit deckend! Es kann nicht fehlen, daß die Persönlichkeit Müllers auf seine Partei jenseitig einwirken muß, indem der bessere Theil derselben sich anschließen, der andere mitamtlich der Hartung'schen Zeitung zu dem nationalen Wismuth verkommen wird.

**Boermede.** Am Montag, den 26. Januar feierten wir ein Arbeiterfest, woselbst Stachfurter und Lederburger Parteigenossen uns mit ihrem Besuch erfreuten. Parteigenosse Fischer nebst Frau aus Stachfurt hielten ergreifende Reden. Hauptächlich mußten wir der Frau Fischer alle Anerkennung aussprechen. Freund Schönmann aus Ledeburg erfreute uns gleichfalls durch einen lehrreichen Vortrag. Bis zum frühen Morgen blieben wir beisammen und verließen das Fest in gehobener Stimmung mit dem festen Vorsatz, immer thätig zu sein für die Ausbreitung der Sozialdemokratie, damit wir so endlich die Erlösung aus dem Elende herbeiführen.

**Salk S. Edln.** (Ausbeutung der Arbeiter.) In der Maschinenfabrik der Aktiengesellschaft „Humboldt“ in Salk bei Eöln ist die Arbeitszeit von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags und von 1 Uhr Mittags bis 6 Uhr Abends ohne Unterbrechung. Wer zu spät kam, wurde nach § 4 des Reglements für jede veräumelte Viertelstunde mit 6 Pfg. bestraft, das heißt, wer keine vorherige Erlaubniß eingeholt hatte. Da nun oft Verspätungen vorkamen, so wurde am verfloffenen Samstag die Bekanntmachung erlassen, wonach Derjenige, welcher 5 Minuten nach Beginn der jedesmaligen Arbeitszeit eintritt, eine volle Stunde, und Derjenige, welcher 10 Minuten nach Beginn der Arbeitszeit eintritt, zwei volle Stunden an seinem Lohne gekürzt erhält. Zehn Minuten nach Beginn der jedesmaligen Arbeitszeit wird das Establishment geschlossen, und es tritt dann für alle schlafenden Arbeiter der § 4 in Kraft, welcher für einen halben Tag eine Strafe von 10 Sgr. verfügt, so daß also dann der Arbeiter, der Morgens das Glid hat, zu verschlafen, nun auch den Nachmittag beinahe umsonst arbeiten kann. Ist das nicht schön? — Wir benutzen jetzt die Gelegenheit zum Agitieren in der Fabrik und es wird am 1. Februar in Salk eine Versammlung stattfinden, wo die Sache öffentlich behandelt wird.

**Witten.** (Ester Agitationsbericht.) Es wird von vielen Orten über Wahlbeeinflussung berichtet, aber so wie es im Kreise Bochum zugegangen, wird es scheinlich in andern Kreisen geschehen sein. Und das von Liberalen! So zum Beispiel brachten es die Liberalen fertig, daß wir in Bochum, einer Stadt von über 40,000 Seelen, kein Lokal bekommen konnten. Raspe aus Essen war es einmal gelungen, ein Lokal in Bochum zu bekommen, allein wie er die Versammlung polizeilich anmeldet, wird er gefragt, in welchem Lokale, der betreffende Wirth hätte viele Lokale (darunter waren Stuben gemeint). Raspe sagte dem Polizeicommissar, daß es die Stube links sei. Wir waren frohen Muthes nach Bochum gefahren, aber es sollte anders kommen. Wie wir in dem Lokale ankamen, konnte die Versammlung in Stube links nicht stattfinden, indem uns der Wirth erklärte, daß in Stube links der Kriegerverein sei, und überließ uns statt dessen rechts eine hintere Gaststube. Aber wie Raspe die Versammlung eröffnen will, bedeutet ihm der Polizeicommissar, daß die Versammlung aufgelöst sei, weil er Stube links angegeben habe, aber dies sei Stube rechts, und noch dazu eine Gaststube, und habe Raspe binnen fünf Minuten das Lokal zu verlassen. Also durfte er nicht einmal als Gast in dem Lokale bleiben. Es wurde uns aber von Seiten mehrerer Arbeiter gesagt, daß es nicht wahr sei, daß der Kriegerverein an dem Tage Versammlung halte, indem sie selbst zum Kriegerverein gehörten.

Am nächsten Sonntag hatte der Allgemeine deutsche Arbeiterverein eine Versammlung in Bochum einberufen, aber in einem andern Lokale. Die Versammlung bestand zum größten Theile aus Mitgliedern des Allg. d. Arbeitervereins aus Essen und Gelsenkirchen und höchstens zehn Mann aus Bochum selbst, wie uns einige Arbeiter aus Bochum, die mit uns hingegangen waren, mittheilten. Am Anfange waren wir in der Majorität, aber die Versammlung wurde so lange hinausgeschoben, bis die von Gelsenkirchen da waren. Dann wurde die Versammlung eröffnet. Das Bureau bekamen die Allgem. Deutschen. Seelig sprach zuerst über die Bestrebungen des Allgem. d. Arbeitervereins und behandelte zu unserm größten Erstaunen unser Programm, die nächsten Forderungen. Hierauf nahm Hillmann aus Eibersfeld das Wort und erläuterte, daß wir zunächst den bestehenden Staat in einen demokratischen Staat umändern müßten, denn im heutigen Staat würden unsere Forderungen nie zur Geltung kommen. Hillmann kam im Laufe seines Vortrags auf v. Schweitzer und Tölde zu sprechen; hierbei erklärte Seelig, wenn Hillmann in diesem Sinne weiter spräche, würde er als Vorspender ihm das Wort entziehen. H. erwiderte, ich bin nicht hier um „Blindeluh“ zu spielen. Es wurde von Seiten der Allgem. Deutschen ein Antrag eingebracht, Seelig als Candidat für den Reichstag aufzustellen. Unser Parteigenosse Junghaus hatte sich aber schon vorher zum Worte gemeldet. Nachdem derselbe die bisherigen Vertreter des Volks im Reichs- und Landtage beleuchtet und den Anwesenden gezeigt, daß sie von solchen Nichts zu erwarten hätten, sagte er, Jeder müsse theilnehmen an der Politik; es sei ein Fehler, daß die Arbeiter im Ganzen sich so wenig um die Politik bekümmerten. Redner kam auch auf die Thaten des Dr. Löwe-Calbe, unsern bisherigen Vertreters im Reichstage zu sprechen, und hob nach einer trefflichen Kritik dessen Person, hervor, wie die Arbeiter nur Männer wie Bebel und Liebknecht, oder ähnliche, wählen müßten. Ein ähnlicher Mann sei Hugo Hillmann aus Eibersfeld. Derselbe sei auch schon Arbeiter Wutens und Umgegend als Candidat für den Reichstag aufgestellt.

Wir leiden in der ganzen Gegend fürchterlich unter dem Lokal mangel. Ueberall sagt man uns, zu solchem Zweck (Volksaufklärung) gehen wir unter Lokal nicht her. So wurde uns z. B. in Langendrees vom Wirth gesagt, daß wenn er uns noch einmal sein Lokal zu „solchem Zwecke“ gäbe, so könnte er Unannehmlichkeiten mit dem Vorsteher, derselbe hätte ihm schon gedroht. Bei einem Wirth in Herbede wurde uns gesagt, wenn er uns sein Lokal gäbe, so wollte ihm der Bierbrauer im Orte kein Bier mehr liefern.

Ich werde aber die vielen Versammlungen, welche wir dennoch noch abgehalten haben und in welchen Raspe, Hillmann und Scheil feis unter großem Beifall der Versammlungen referirten, nicht weiter erwähnen und nur zu der liberalen, welche in Witten abgehalten wurden, übergehen.

Am 6. Januar hatte das liberale Wahlcomité eine allgemeine

Versammlung, in welcher Dr. Löwe-Calbe seine Candidatenrede halten sollte, einberufen und hierzu sämmtliche Wähler eingeladen. Die Versammlung wurde Abends 7 Uhr durch den Vorsitzenden des liberalen Wahlcomités eröffnet. Nachdem derselbe mit einigen Worten den Zweck der Versammlung beleuchtet, wurde dem Hrn. Dr. Löwe das Wort erteilt. H. Junghaus verlangte das Wort zur Geschäftsordnung und erhielt es. Junghaus erklärte, daß es in einer so einberufenen Versammlung parlamentarischer Gebrauch sei, daß das Bureau aus der Mitte der Versammlung gewählt werden müsse. Aber der Herr Dr. Stäps erklärte, daß er die Versammlung berufen, dieselbe polizeilich angemeldet habe, im Besitze der schriftlichen Erlaubniß sei und in Folge dessen die Versammlung leiten und den Vorsitz führen werde. Junghaus verlangte zum zweiten Mal das Wort. Aber in demselben Augenblicke, wie er sich zum Worte meldete, wird er auf Befehl des Dr. Stäps von der Polizei mit Hilfe einiger liberalen Comitésmitglieder unter Schlägen aus dem Saale ins Arresthaus geführt, mit ihm sein Colleague Ernst Zimmermann. Nach Schluß der Versammlung gehen Hillmann und Tölde zum Bürgermeister, stellen demselben den Hergang der Sache vor und bitten um Freilassung der Betreffenden, worauf der Bürgermeister ihnen erwiderte, er hätte noch keinen Rapport von der Versammlung erhalten, der Bürgermeister würde vielleicht gleich kommen und solchen abstratten. Wenn sich dann die Sache so verhielte, wie sie ihm gesagt, so würden die betr. Herren sofort in Freiheit gesetzt, was denn auch geschah. Um 10 Uhr desselben Abends waren Junghaus und Zimmermann nach zweistündiger Haft wieder in unsere Mitte; denn die Parteigenossen hatten sich alle im Vereinslokale versammelt. Unter lautem Hurra traten die Befreiten in die Mitte der Parteigenossen. Was die Versammlung selbst anbetrifft, so hielt der gezeigte Löwe (Calbe) wieder eine seiner bekannten unstylisirten Reden. (Es ist eine bekannte Thatsache, daß Löwe keinen Satz zu Ende spricht und sieht das gerade so aus, als ein Frack mit nur einem Frackschloß.) Natürlich wieder die alten Feiertagsmelodien, was alles die „guten“ Liberalen für die Arbeiter geschaffen ic. Hierbei behauptete Dr. Löwe, Raspe habe das Häftlingskleid verbessert, während es notorisch ist, daß gerade dieser Abgeordnete es verschlechterte.

**Offenbach a. M.** (Abrechnung vom Säuhmacherstr. 1.) Einnahmen: Eingegangen in Offenbach fl. 15 30; von auswärtig: Augsburg durch Eubers fl. 10, Pforzheim durch John fl. 7, Nürnberg durch Schlauba fl. 10, Frankfurt durch Sabor fl. 2, Baden-Baden durch Schwörer fl. 4, Leipzig (erste Sendung) durch Bod fl. 5 15, Würzburg durch Weisel fl. 5, Dresden durch Wittbauer fl. 17 30, Leipzig (zweite Sendung) durch Lulich fl. 5 15, Gotha durch Bod fl. 7; entlehnt von der Hauptkasse fl. 35. Summa fl. 123 30. — Ausgaben: für zwei Depeschen fl. 1 10, für 11 Geldsendungen fl. — 22, für zwei Annoncen in der Offenbacher Zeitung fl. 2 48, für Schreibmaterialien fl. 1 35, für sämmtliche Unterzügen fl. 91 54. Summa fl. 97 49. An die Hauptkasse sind retour gesandt fl. 35, welche entlehnt waren. Bleibt Defizit fl. 9 19. Diese Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden von den Revisoren Stenger, Daum, Seidel, Fleck, Klages und Bader.

Wir sagen hiermit allen Collegen unsern verbindlichsten Dank. Im Auftrage: J. Schlanger, Bevollm. P. Müßig, Kassirer.

**Eßlingen, 28. Januar.** (Wahlbericht.) Das Wahlergebnis von unserm 5. württembergischen Wahlkreise ist bereits bekannt. In der Stadt Eßlingen siegte Demmler mit einer Mehrheit von 461 Stimmen, Demmler erhielt 1,166. Oberstaatsanwalt Lenz 705. In Stadt und Bezirk Eßlingen (ca. 20 Ortschaften) erhielten Demmler 2,359, Bezirk Nürtingen 849, Bezirk Kirchheim 469, Bezirk Urach 183, zusammen 3860 Stimmen; Lenz 2054, Nürtingen 1,801, Kirchheim 3,345, Urach 3,112, zusammen 10,312 Stimmen. Die Eßlinger und Nürtinger Volksvereine nahmen von Anfang an eine feindliche Haltung gegen unsern Candidaten an, enthielten sich auch bei der Abstimmung der Wahl, nur einige wenige dem Kleinhandwerkerstande angehörende Volksvereinsmitglieder gingen energisch mit uns vereint ins Zeug; da wir in Kirchheim, Nürtingen und Urach nur vereinzelt Parteigenossen hatten, so wird dort kein besseres Resultat erzielt werden, unsere Kirchheimer Freunde hatten mit den größten Hindernissen zu kämpfen, die beiden Kirchheimer Zeitungen nahmen zuletzt gar keine Einsendungen für die Candidatur Demmler's auf, Pfarrer, Schultheißen thaten ihr Möglichstes gegen unsere Freunde, das Theilen, Weibergemeinschaft und alle die bekanten Mittel mußten herhalten, um uns in den Augen der Bauern zu verächtigen.

Herr Oberstaatsanwalt Dr. Lenz mag sich übrigens bei den Vorständen der Volksvereine bedanken, welche durch die Wahlenthaltung bewirkten, daß Lenz siegte; in unserm Eßlinger Bezirk aber werden die Herren Volksparteiler mit der Zeit den Boden vollends verlieren, um so mehr, da die Volkspartei neuerdings sich mit den Nationalliberalen zu verständigen sucht. Der Wahlsieg der Sozialdemokratie in Eßlingen hat es ihnen angethan, sie finden deswegen keine Ruhe, bis sie sich mit den Nationalen zu einer Partei verschmolzen haben. Die Einleitungen sind schon im Gange, die beiderseitigen Programme sind beinahe gleich, es handelt sich nur noch um die Form, die Mitglieder der Volkspartei wollen noch unter der Firma Volksverein tagen, die nationalliberalen haben den Namen württembergische Fortschrittspartei angenommen. Ueber kurz oder lang verschmelzen sich jedoch beide zu einem Verein. Uns kann das nur erwünscht sein, damit endlich die Zweideutigkeiten aufhören. Das Wort, welches der „Volksstaat“ vor 4 Jahren schon aussprach, „die Volkspartei wird zerrieben zwischen den Wahlscheinen der nationalliberalen und der sozialdemokratischen Partei“ wird in Württemberg bald zur Wahrheit werden.

Wie übrigens der Liberalismus unserer neuen Fortschrittspartei bestellt ist, das sieht man am Besten dadurch, daß in ihrem Programm nicht einmal ein verantwortliches Reichsministerium gefordert wird. Unsern Reichsboten aber möchten wir zurufen, ein scharfes Auge auf die Abstimmungen der nationalen und Fortschrittspartei zu richten, namentlich unsern Freund und Mitbürger Wotteler ersuchen, insbesondere darauf zu achten, ob unser Lenz für die Freilassung der Inhaftirten Bebel und Liebknecht und für Diäten stimmt, da mit seinem Liberalismus sogar in volksparteilichen Kreisen Aufhebens gemacht wurde. Wie die Verschmelzung der seither feindlichen Parteien vor sich gehen wird, werden wir später zur Kenntniß bringen.

**Berichtigung.** Im Artikel III „Die Reichstagswahlen“ (Nr. 15) muß es zu Anfang des letzten Absatzes der 1. Spalte der 1. Seite statt „Bader“ heißen: Hartmann.

**Reichstagswahlfond.** Vom hies. Schuhmachern durch Kirsten Lthr. 2 12, durch Krügel in Barmer-Eibersfeld Lthr. 6 8.

**Christstaben** der Redaction. Wahlmitd in Roonburg: Ihren Bericht haben wir erhalten, konnten denselben aber noch nicht bringen, da wir die an-

bern, die früher gekommenen, selbstverständlich auch früher veränderten müssen. Die Parteigenossen mögen bei dem großen Stoffandrang dies entschuldigen. Emilie M. in Dresden: Ihr Brief war zu schön und hat uns doppelt Porto gekostet. Dies ist besonders ärgerlich bei Dresden, deren Inhalt unbrauchbar ist. W. B. in Berlin: Beschleht. Wir bitten die Correspondenten, ihre Berichte mit Tinte und nicht mit Bleistift zu schreiben.

Die Expeditionen sämmtlicher deutscher Parteiorgane werden erucht, je zwei Exemplare jeder Nummer, möglichst vom 1. Jan. 1874 an, unter Kreuzband an das Bureau des Reichstages in Berlin einzuschicken. August Seib. Der Expedition. S. Dr. Wien Ann 6 Gr. W. Brits Berlin Ann. 11 Gr. Am hier Ab. 1. Cu. Gr. 17 5. Hgl hier Ab. 1. Cu. Gr. 17. Städtg hier Schr. 23 Gr. S. Hngs Bln Schr. Lthr. 10 15 6. Anf.-Hab. und Handarb. Gewerfch. Sera Ann. 4 Gr. Nord Wlyg Schr. 3 Gr. Frey Wien Schr. 2 Lthr. Schndr Beerfelden Ab. Gr. 23 5. J. Mlle hier Ab. 10 Lthr. R. Wanneim Ab. Januar Lthr. 8 26. Ochr Chemnig Ann Lthr. 1 18. Vdr Genf Ann. Lthr. 1 12. Hlgr Kleinshoyer Ann. 20 Gr. Trf das Schr. Lthr. 1 6. Emir Wazgen Schr. Lthr. 1 5. Buchbindereerein Hamburg Ann. 19 Gr. Cppf hier Schr. 2 Gr. S. Jandef Varmen: Das verlangte Verzeichniß von Feuerbach's Schriften folgt demnächst.

**An die Arbeiter von Leipzig und Umgegend!**

Arbeiter! Es gilt, einem bewährten Volkskämpfer die Wahl in den Reichstag zu sichern, es gilt, dafür zu sorgen, daß Herrn Wilhelm Bracke in Braunschweig das Mandat des 13. Wahlkreises für den Reichstag übertragen wird.

Wer an dieser Wahl ein Interesse hat, der erscheine Freitag Abend 8 Uhr im Saale bei Jabin, Turnerstraße 4, in Leipzig. Auch die nicht Wahlberechtigten sind freundlichst eingeladen. Dort sollen die Kräfte vertheilt, die Plätze bestimmt werden, damit die Agitation möglichst kräftig betrieben werden kann.

Arbeiter! Wir haben gethan, was in unsern Kräften stand; thut nun auch Ihr Eure Schuldigkeit! Jeder ist willkommen.

Das Comité für die Wahl Bracke's.

**Berlin** Allgemeiner Dötker- (Küper) Verein.

Sonntag, den 15. Februar:

**Stiftungsfest nebst Ball**

im Schützenhaus, Linienstraße Nr. 5.

Anfang des Concerts Abends halb 8 Uhr, des Balles 9 Uhr.

Billets für Herren 10 Gr. Damen frei.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Comité.

**Berlin** Verein der Sattler und Berufsgeoffenen.

Sonntag, den 14. Febr. Abends halb 9 Uhr:

**Geschlossene Mitgliederversammlung**

bei Carius, Prinzenstraße 72.

Es ist Pflicht eines jeden Vereinsgenossen zu erscheinen.

Henke, Vertrauensmann.

**Berlin** Gewerkschaft der Manufakturarbeiter.

Sonntag, den 14. Februar 1874: Versammlung bei

Röwes. — Dringende Angelegenheit. Unser Reichstagsabgeordneter

J. Wotteler ist anwesend.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nöthig!

Der Vertrauensmann.

**Hamburg** Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Montag, den 16. Febr. Abends 9 Uhr:

**Öffentliche Versammlung**

im großen Saale des Herrn Hansch, Schaumburgerstraße 14.

L. D.: Die Erklärung Dr. Johann Jacoby's und sein Verhalten dem

Reichstagsmandat gegenüber.

Zutritt Jedem frei. Praas.

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Freitag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr bei Jabin,

Turnerstraße 3. — Tagesordnung: Soz.-pol. Wochenbericht. Referent

Künzel. Reichstagswahl.

Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr; Aus-

scheidung bei Feidler. D. Winter, Kassirer.

**Pforzheim** Gewerkschaft der Metallarbeiter.

Sonntag, d. 15. Febr. findet das erste Stiftungs-

fest im Saale der „Germania“ statt.

Freunde und Berufsgeoffenen von Nah und Fern ladet freundlichst

ein. Das Comité.

**Arbeits-Hosen.**

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.

„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.

„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.

„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.

„ Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr.

empfohlen

**Louis Guttman**

[J. JN] No. 24 Grimmische Strasse No. 24.

**Bekanntmachung!**

Wir erlauben uns unsern geehrten Geschäftsfreunden hiermit ergebenst anzuzeigen, daß die Generalversammlung am 1. Februar a. e. Friedrich Wilhelm Frisch als Vorsitzenden, Friedrich Seidel als Kassirer, August Wils, Dohn als Betriebsdirector, Salomo Ledger und Moritz Bogel als Revisoren erwählt hat und daß der Betriebsdirector wie zeitlich gültig für die Genossenschaft zeichnet.

Hochachtungsvoll:

Wülsten St. Wülsten, am 9. Februar 1874.

Der Verwaltungsrath der Konsum-Genossenschaft Wülsten St. Wülsten

Aug. Wils, Dohn, Betriebsdirector.

**Buchbinder.**

Alle Parteigenossen, so fern Sie mit Unterzeichnetem noch nicht in

Verbindung stehen, werden erucht, um Anknüpfungspunkte herzustellen,

umgehend Ihre Adressen an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Leipzig. (2a) D. Richter, Sternwartenstr. 28.

Herr Peter Schmidt, Bäckmeister in Cunitate (Nordamerika), wird

erucht, seine Adresse umgehend an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Sollte derselbe den „Volksstaat“ nicht lesen, so ersuche ich die dortigen

verehrt. Leser so freundlich zu sein, denselben, wenn irgend möglich, hies-

von in Kenntniß zu setzen, da Familienangelegenheiten dringend zu er-

lebigen sind. Georg Schmidt, Ober-Anger 6/1, München.

Herr Ferd. Löbenberg wird erucht seine jetzige Adresse Pforzheim

mitzutheilen.

**Godesanzeige.**

Gente, den 10. Februar 1874, verschied ein mehrwöchentliches Leiden

ein gutes Partei- und Gewerkschafts-Mitglied, Karl Odrich

aus Reusdorf a/O.

**Friede seiner Asche!**

Frantz Heimrich, Vertrauensmann.

Leipzig: Hermann Redakur: M. Freyler (Redaction und

edition Zeitstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdrucker